

Wer arm ist, wird frieren

Britische Behörde erhöht Preisgrenze auf Energiemarkt und verschärft Lebenshaltungskostenkrise für Millionen Haushalte

Von Christian Bunke

Großbritanniens privatisierter Energiemarkt für Haushalte und Eigenheime wird durch die Regierungsbehörde Ofgem reguliert. Alle drei Monate setzt diese Behörde neue Höchstpreise fest, welche die Energiekonzerne von ihrer Kundschaft verlangen dürfen. Die hat nur wenige Möglichkeiten, sich zu wehren: Außer einem Wechsel zu einem möglicherweise billigeren Anbieter ist nichts drin.

Am Mittwoch hat Ofgem neue Höchstpreise für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember festgelegt. Sie steigen um vier Prozent auf den höchsten Stand seit drei Jahren. Schon im Juli schnellten vor allem die Gaspreise um 13 Prozent in die Höhe. Grund dafür seien die Auswirkungen des von den USA und Israel gegen den Iran geführten Krieges gewesen, so die Behörde.

Besonders betroffen von den Preissteigerungen sind rund 20 Millionen Haushalte mit »variablen Verträgen«. Das sind Verträge, bei denen sowohl die Grundgebühr als auch die monatliche Kostenabrechnung den Preisschwankungen am Markt unterliegen. Dies ermöglicht es den Energiekonzernen, Preissteigerungen nach Belieben, aber im Rahmen der von Ofgem vorgegebenen Deckelung, an die Endverbraucher weiterzugeben. Verbraucher mit fixen Preisstaffeln sind von diesen Schwankungen weniger betroffen, da ihnen vertraglich für ein Jahr oder länger fixe Tarife durch die Energiekonzerne garantiert werden. Laut Ofgem werden die Strom- und Gaskosten eines durchschnittlichen britischen Haushaltes ab Anfang Oktober 1.723 Pfund Sterling pro Jahr betragen.

Für die seit Jahrzehnten unter der »Lebenshaltungskostenkrise« leidende britische Bevölkerung bedeutet dies einen weiteren Anstieg der Kostenlast in den kommenden Wintermonaten. Und dies, obwohl die britische Regierung die Mehrwertsteuer für Strompreise befristet ausgesetzt hat. Damit wollte die Labour-Regierung demonstrieren, dass sie den steigenden Lebenshaltungskosten etwas entgegensetzen kann. Da die Preissteigerungen aber vor allem durch den Gasmarkt bedingt sind, läuft diese Maßnahme weitgehend ins Leere.

Dem *Guardian* gegenüber nannte Paul Nowak, Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, die Preissteigerungen einen »Hammerschlag« für all jene, die schon jetzt unter der Krise der Lebenshaltungskosten leiden würden. Um dem entgegenzusetzen, forderte er von der Regierung Schritte wie

zum Beispiel eine Bankensteuer, deren Einnahmen dazu verwendet werden sollten, Bedürftigen bei der Zahlung ihrer Energierechnungen zu helfen.

Tatsächlich brennt der Hut, denn die Kostenkrise bei Strom und Gas ist längst nicht mehr nur ein Winterproblem. Inzwischen versucht ein großer Teil der Bevölkerung, ganzjährig im Eigenheim den Gas- und Stromverbrauch zu senken. Das geht aus Angaben der »End Fuel Poverty Coalition« hervor. Diesem Bündnis gehören unter anderem diverse Sozialträger sowie der britische Gewerkschaftsbund an.

In verschiedenen Veröffentlichungen legt der Zusammenschluss das Ausmaß des Problems dar. Demnach würde mehr als ein Drittel aller Haushalte seit 2023 die Heizungen in nicht benutzten Räumen abdrehen. Wenn es draußen kalt wird, gehen mehr als ein Fünftel aller Haushalte früher ins Bett, um Strom und Gas zu sparen. Hinzu kommen andere, die Lebensqualität beeinträchtigende Schritte, wie zum Beispiel das Weglassen warmer Mahlzeiten oder eine seltenere Nutzung von Waschmaschinen. Diese Zahlen, so das Bündnis weiter, seien sehr wahrscheinlich untertrieben, da der nun vergangene Dürrewinter den Heizbedarf überdurchschnittlich gesenkt habe. Gas sei heute um 120 Prozent teurer als 2020.

Während die Verbraucher unter Kosten ächzen, kreisen mit der Verkündung der Preiserhöhungen Geier einer ganz besonderen Art durch die Kommentarspalten britischer Tageszeitungen. Es handelt sich um Lobbyisten der Gas- und Atomenergie. Sie fordern von der britischen Regierung die Erschließung neuer Gasfelder in der Nordsee und im Atlantik sowie den Bau neuer Atomkraftwerke. So könnten die Preise gesenkt werden, behaupten sie. Wer's glaubt ...

<https://www.jungewelt.de/artikel/528674.großbritannien-wer-arm-ist-wird-frieren.html>